



Aktueller Begriff

Die aktuelle politische Entwicklung in Kirgisistan

Kirgisistan rückte durch seine jüngste innenpolitische Krise, in deren Folge es Anfang April 2010 zu einem **Sturz** des bisherigen Staatspräsidenten **Kurmanbek Bakijew** durch die Opposition kam, verstärkt in den Fokus der internationalen Öffentlichkeit. Die in Zentralasien gelegene und seit 1991 unabhängige ehemalige Sowjetrepublik erfährt besondere strategische Aufmerksamkeit unter anderem von Russland und den USA. So besitzen beide Länder eigene Militärstützpunkte in Kirgisistan. Der 2001 errichteten US-Luftwaffenbasis Manas kommt eine wichtige logistische Funktion für den Einsatz der US-Truppen in Afghanistan zu. In den ersten Jahren nach Erlangung seiner Unabhängigkeit galt Kirgisistan aufgrund seiner Demokratisierungs- und Liberalisierungsbemühungen sowie seiner marktwirtschaftlichen Reformen im Vergleich zu anderen Ländern der Region als „Insel der Demokratie“. Im Verlauf der 1990er Jahre wies das Regierungssystem aber zunehmend Züge eines autoritären Präsidialregimes auf. Kirgisistans erster Staatspräsident **Askar Akajew** dehnte in seiner Amtszeit (1991-2005) durch Verfassungsänderungen seine eigenen Machtbefugnisse kontinuierlich aus. Seither wurde das Parlament weitgehend entmachtet; Wahlen entsprachen in vielen Punkten laut den Wahlbeobachtern der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) nicht mehr den internationalen Standards.

Die Landwirtschaft ist der wichtigste Wirtschaftszweig im rohstoffarmen Kirgisistan. Die ökonomische Situation des Landes und die soziale Lage breiter Bevölkerungsschichten sind seit vielen Jahren prekär. Kirgisistan gehört heute zu den ärmsten Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Das Land ist politisch, wirtschaftlich und soziokulturell durch einen Nord-Süd-Gegensatz geprägt, der auch Ursache innenpolitischer Konflikte ist. Der Norden ist in der Regel pro-russisch eingestellt, industrialisierter sowie wirtschaftlich stärker entwickelt, wohingegen im von Landwirtschaft geprägten strukturschwachen Süden islamisch-konservative Traditionen vorherrschen. Die einzelnen Regionen des Landes unterscheiden sich auch in ihrer ethnischen Zusammensetzung. Die 5,3 Millionen Einwohner des durch Hochgebirge geprägten zentralasiatischen Binnenstaates gehören über 90 Ethnien an, von denen die Kirgisen (70%), Usbeken (15%) und Russen (8,4%) die größten Bevölkerungsgruppen stellen. Zudem leben ungefähr noch 10.000 Deutschstämmige in Kirgisistan. Die große Mehrheit der Einwohner sind sunnitische Moslems (ca. 80%) oder russisch-orthodoxe Christen (ca. 16%). Im Rahmen des Nord-Süd-Konfliktes üben Familienklans bzw. Netzwerke regionaler Eliten großen Einfluss auf Staat, Politik und Gesellschaft aus. Die politischen Eliten des Landes sind insgesamt zu wenig am Allgemeinwohl ausgerichtet.

Seit Anfang April 2010 hat sich die innenpolitische Lage in Kirgisistan zunehmend verschärft. Staatspräsident **Kurmanbek Bakijew** wurde von der Opposition unter anderem Amtsmissbrauch,

Nr. 42/10 (11. Juni 2010)

Ausarbeitungen und andere Informationsangebote der Wissenschaftlichen Dienste geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Der Deutsche Bundestag behält sich die Rechte der Veröffentlichung und Verbreitung vor. Beides bedarf der Zustimmung der Leitung der Abteilung W, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

politische Repressionen gegen Andersdenkende, Wahlfälschung, Korruption und Vetternwirtschaft vorgeworfen. Dabei war Bakijew selber im Rahmen der so genannten **Tulpenrevolution** im Frühjahr 2005, bei der er als Hoffnungsträger der Opposition den autoritär regierenden Staatspräsidenten Askar Akajew mit dem Versprechen demokratischer und wirtschaftlicher Reformen abgelöst hatte, an die Macht gekommen. Die enttäuschten Erwartungen an die Tulpenrevolution dürften neben der schwierigen ökonomischen Lage sowie der anhaltenden Verarmung breiter Bevölkerungsschichten die Unzufriedenheit mit Staatspräsident Bakijew maßgeblich befördert haben. In der nördlichen Provinzstadt Talas nahmen die Unruhen ihren Anfang. Sie erreichten am

7. April 2010 auch die Hauptstadt Bischkek. Bei den gewalttätigen Zusammenstößen zwischen Regierungsgegnern und Sicherheitskräften kamen über 80 Menschen ums Leben. Staatspräsident Bakijew zog sich – nachdem Regierungsgebäude von der Opposition gestürmt worden waren – aus Bischkek zurück und hielt sich zunächst in seinem Heimatort im Süden des Landes auf, wo er bis heute in Teilen der Bevölkerung Unterstützung genießt.

Noch im Verlauf des 7. April 2010 stellte die Opposition eine Interimsregierung unter der Leitung der bisherigen Oppositionspolitikerin **Rosa Otunbajewa** auf. Das Parlament wurde von der neuen Regierung aufgelöst. Interimspremierministerin Otunbajewa gehört seit vielen Jahren zu den führenden Oppositionellen. Sie war bereits mehrmals Außenministerin sowie Botschafterin ihres Landes. Seit 2007 gehörte sie dem Parlament an und war seit Oktober 2009 Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Kirgisistans. Auch die meisten anderen Mitglieder der Übergangsregierung bekleideten bereits politische Ämter. Am 15. April 2010 verließ Staatspräsident Bakijew nach internationaler Vermittlung das Land und erklärte seinen Rücktritt. Nur wenige Tage später widerrief er aber aus seinem Exil in Weißrussland seine Rücktrittserklärung.

Die kirgisische Übergangsregierung lässt derzeit eine **neue Verfassung ausarbeiten**. Dabei soll der politische Einfluss des Staatspräsidenten deutlich geschwächt und der des Parlamentes gestärkt werden. Am **27. Juni 2010** soll über den Verfassungsentwurf abgestimmt werden. Die ursprünglich für Oktober 2010 geplanten Präsidentschaftswahlen werden später stattfinden. Statt dessen erließ die Interimsregierung am 19. Mai 2010 ein Dekret, mit dem die **Institution eines Übergangspräsidenten** geschaffen wurde. Mit diesem Amt wurde Rosa Otunbajewa bis zum 31. Dezember 2011 betraut. Diesem Dekret nach darf die Interimspräsidentin keiner politischen Partei angehören und nicht bei den nächsten Präsidentschaftswahlen kandidieren. Ihre Ernennung muss am 27. Juni 2010 noch in einem Referendum von der Bevölkerung bestätigt werden. Im **Oktober 2010** sollen jetzt zunächst **Parlamentswahlen** stattfinden. Auch nach der Machtübernahme durch die Oppositionskräfte bleibt die Sicherheitslage in Kirgisistan, insbesondere im Süden des Landes, angespannt. Bei gewalttätigen Zusammenstößen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen sind in den letzten Wochen mehrere Menschen getötet worden. Beobachter weisen darauf hin, dass die Interimsregierung ihre Machtbasis im Land noch nicht vollständig gefestigt hat.

Quellen und Literatur:

- Auswärtiges Amt (2010). Länder, Reise und Sicherheit. Kirgisistan. <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/01-Laender/Kirgisistan.html> [Stand: 02.06.2010].
- Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen/Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (2010). Zentralasien-Analysen, Nr. 28 und Nr. 29.
- Munzinger Online (2010). Kirgisistan. <http://www.munzinger.de> [Stand: 02.06.2010].